

Bundesärztekammer: Kritik an Bonus-Malus-Regelung

In Deutschland sollen Ärzte mit Honorareinbussen bestraft werden, wenn sie staatlich festgesetzte Verordnungsmargen überschritten haben, andere wiederum sollen finanziell belohnt werden, wenn sie darunter geblieben sind. «Das ist nichts anderes als die Einführung des Provisionsgedankens, wie man ihn sonst nur bei Versicherungsvertretern kennt. Das kann aber doch nicht im Ernst Ziel einer rationalen Therapie mit hochwirksamen Medikamenten sein», kommentiert Bundesärztekammer-Präsident Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe die Gesetzespläne des Bundesgesundheitsministeriums. Damit würden gerade solche Ärzte in Konflikte getrieben, die sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befänden. «Kein Arzt darf dafür bestraft werden, dass er seinem Patienten notwendige Arzneimittel ausreichend verordnet», forderte Hoppe.

«Wenn dazu auch noch im Gesetzentwurf ausgeführt wird, durch die staatlichen Vorgaben solle «die Arzneimittelversorgung besser als bisher an dem tatsächlichen medizinischen Versorgungsbedarf der Patientinnen und Patienten ausgerichtet» werden, dann ist das nichts anderes als politisches Marketing, mit dem staatlich verordnete Rationierung als Qualitätssicherung verkauft werden soll. Darüber werden wir die Patientinnen und Patienten aufzuklären haben, betonte der Ärztespräsident.

(Bundesärztekammer)

Depressionen und Ängsten den Kampf angesagt

«Depression ist heute die häufigste psychische Störung», sagt Prof. Dr. Ulrich Stangier von der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Goethe, Freud und Brecht litten unter Ängsten, Robert Schumann, Michelangelo und Robbie Williams unter Depressionen. Doch diese psychischen Erkrankungen sind nicht auf prominente oder geniale Menschen beschränkt. Ängste und Depressionen sind zur Volkskrankheit geworden. «Alleine fünf bis acht Prozent der Deutschen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren, das sind mehr als drei Millionen Menschen, zeigen behandlungsbedürftige depressive Symptome», so der Experte für klinisch-psychologische Intervention. Diesen Menschen will die Friedrich-Schiller-Universität nun mit einer eigenen Einrichtung helfen. Am 17. Februar wurde offiziell die Ambulanz für Forschung und Lehre im Institut für Psychologie eröffnet – die erste in Thüringen. In der Ambulanz, die etwa einer Poliklinik in der Medizin entspricht, können ab sofort psychologisch-psychotherapeutische Behandlungen durchgeführt werden. Damit wird die Lehre in klinischer Psychologie und zu Interventionsmethoden deutlich praxisorientierter. Zudem können aus den Therapien neue Aspekte für Forschungsprojekte gewonnen und die Entwicklung neuer Therapieverfahren vorangetrieben werden. In der neuen Ambulanz kann die Theorie an der Praxis gemessen und zugleich die Praxis permanent weiterentwickelt werden. «Wir betreiben keine reine Dienstleistung im Zuge der Versorgung», betont Prof. Dr. Wolfgang H. R. Miltner, «sondern immer im Kontext von Forschung und Lehre.» Dennoch können sich Menschen, die an Ängsten, Depressionen, posttraumatischen Belastungsstörungen, chronischen Schmerzzuständen oder sexuellen Funktionsstörungen leiden, vertrauensvoll in die Hände der erfahrenen Psychologen begeben. «Hier werden alle krankhaften Störungen behandelt, für die Psychotherapie indiziert ist», bestätigt Miltner, der den Lehrstuhl für Biologische und Klinische Psychologie der Universität innehat. Aus

seinen und Stangiers Schwerpunkten ergibt sich das derzeitige Profil der Forschungsambulanz, die von der Kassenärztlichen Vereinigung anerkannt ist, so dass die Krankenkassen für die Dienstleistungen aufkommen. Zum Behandlungsspektrum gehören alle etablierten Methoden der Verhaltenstherapie. «Hier wird Qualität auf einem hohen Niveau angeboten», ist sich Prof. Stangier sicher, der eine solche Ambulanz bereits in Frankfurt am Main geleitet hat und seine Erfahrungen in die Jenaer Einrichtung einfließen lässt. Stangier ist es ausserdem wichtig, Rückfallprävention zu betreiben, denn die Rückfallquote etwa bei Depressionen ist extrem hoch. «Acht von zehn Patienten erleiden mehrfach depressive Episoden. Selbst bei prophylaktischer Einnahme von antidepressiven Medikamenten sind es noch etwa 40 Prozent», so der Jenaer Psychologe. Gerade die Forschungsambulanz könne hier neue Hilfestellungen geben.

(Der Kassenarzt)

Österreichische Ärztekammer für Mindestpreise bei Zigaretten

Positiv reagierte die Österreichische Ärztekammer (ÖÄK) auf die geplante Einführung von Mindestpreisen für Zigaretten. «Ein hohes Preisniveau und eine entsprechende Besteuerung sind heute unverzichtbare gesundheitspolitische Massnahmen zur langfristigen Eindämmung des Tabakkonsums», sagte ÖÄK-Präsident Reiner Brettenthaler. Internationale Erfahrungen zeigten, so der Ärzteschef weiter, dass Verbilligungen bei Zigaretten zu einem überproportionalen Anstieg der Nachfrage führen. Eine sich nach unten drehende Preisspirale lade zu vermehrtem Tabakkonsum richtiggehend ein. Dies sei das denkbar schlechteste Zeichen, das man in Zusammenhang mit gesundheitspolitisch kontraproduktiven Verhaltensweisen setzen könne. Brettenthaler: «Die Politik hat einen präventiven Auftrag und muss vor allem die Jugendlichen vor den Gefahren des Rauchens schützen!» Der Ärztespräsident wies darauf hin, dass die tabakverursachten Erkrankungen «bereits epidemische Ausmasse» erreicht hätten. Lungen- und Kehlkopfkrebs sowie Herz-Kreislaufkrankungen seien nur die Spitze des Eisberges. Neben der Einführung von Mindestpreisen bei Zigaretten forderte Brettenthaler auch eine adäquate Besteuerung des Tabakkonsums. «Eine stärkere Besteuerung von Rauchprodukten, welche die Behandlung von Folgeerkrankungen finanzieren soll, ist in diesem Fall wohl die sinnvollste Variante des Selbstbehaltes», meinte er.

(Österreichische Ärztekammer)

